

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Druckpreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgeld). Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachstelle Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Monatszeitschrift oder deren Raum 1,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige entsprechend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 30. Mai 1928

Nummer 124

Mit Bolldampf zur Großen Koalition

Einheitsfront von Levi bis Stresemann

Der neugewählte Reichstag ist noch nicht zusammengetreten, um so eifriger aber werden die vorbereitenden Verhandlungen für die neue Regierung gepflogen.

Der Kuhhandel zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien ist — obwohl die SPD-Presse dies systematisch leugnet — in vollem Gange. Selbst die Zusammenkunft der neuen Regierung scheint im wesentlichen schon festzulegen. Als Reichsminister wird neben Braun, Seering, neuerdings auch Müller-Krankent genannt. Daß die SPD sich bereits für die Große Koalition festgelegt hat, zeigen am deutlichsten die in der SPD-Presse bisher erschienenen Artikel. Dabei besteht zwischen den Wels, Müller und unseren sächsischen Linken volles Einverständnis. Charakteristisch ist nur, wie die sächsischen Linken trotz ihrer erklärten Koalitionsbereitschaft mit den Parteien, die sie noch vor zehn Tagen als die schlimmsten Volksfeinde in den Wahlversammlungen brandmarkt, diesen „plötzlichen Umschwung“ den Arbeitern plausibel zu machen suchen.

So brachte z. B. gestern die Dr. Volkst. einen längeren Artikel von dem linken Sendewitz. Unter der Überschrift „Klassenkampf und Koalition“ versucht dort dieser geistige Burke in bekannter verklärter Form die Notwendigkeit einer Beteiligung der SPD an der Koalition nachzuweisen. Dabei werden die ungeheuren Vorteile, die angeblich für das Proletariat herausspringen sollen, gelobt. Natürlich werden auch Schwierigkeiten genannt. Ueber die durch die Beteiligung an der Koalition entstehenden Nachteile schreibt Max Sendewitz:

„Nachteile einer Koalition liegen vor allen Dingen darin, daß die Partei in der Gefahr ist, Wähler und Anhänger zu verlieren.“

Das ist für diese Marxisten die entscheidendste Frage! Nicht, daß das Proletariat durch die Beteiligung an der Koalition in Fesseln geschlagen und die Kampfkraft der Arbeiter geschwächt wird, ist das entscheidende, nein, das wichtigste für diese Arbeitervertreter ist, daß dadurch ein Verlust an Stimmen eintreten könnte! Diese gerissenen Demagogen versuchen über ihre offene Koalitionsbereitschaft die Arbeiter durch allerlei Mährchen zu betrogen. Eine dieser Mährchen war der angebliche Brief „führender Kommunisten an den Vorwärts“, die eine Regierung der SPD und KPD gefordert haben sollten. Dieser plumpe Schwindel wurde aber so schnell als solcher entlarvt, daß es der SPD vergangen ist, ihn weiter zu transportieren. Jeder Arbeiter erkannte den Sinn dieses Betrugsmanövers. Jetzt wird ein neuer Trick angewendet. Die Leipziger Volkszeitung von gestern bringt kommentarlos (!) einen Bericht von einem Artikel des ehemaligen Finanzministers und Demokraten Reichold, in dem dieser für eine Minderheitsregierung nach dem Vorbild der englischen Mac-Donald-Regierung eintritt. Die KP will damit den Arbeitern versprechen, daß dies auch in Deutschland möglich und für die Arbeiter von großem Nutzen sei. Sollte dieser — unzulässig und tatsächlich von der SPD gar nicht gewünschte — Plan scheitern, ist selbstverständlich daran nur die KPD

schuld. Eine andere in derselben Linie der Täuschung und Ablenkung der sächsischen Arbeiter von dem wirklichen Vorhaben der SPD liegende Methode ist die Forderung der sächsischen Linken nach Einberufung eines Parteitages. Derselbe soll nach den Reden der Linken die Beschlüsse für die Beteiligung an der Koalition fassen. Denn so erklären die „Linken“, ein von den „untersten Funktionären gefasster Beschluß“ wird dann von der gesamten Partei leicht durchzuführen sein. Die radikalen Phrasenhelken besuchten nämlich, daß in ihren Reihen, wenn der saubere Plan und die einheitliche Linie der Edel-Kretz-Müller-Wels bekannt wird, die Mitglieder offen rebellieren werden. Deswegen versuchen sie mit allerlei Mährchen die sozialdemokratischen Mitglieder einzufesseln und durch „von ihnen selbst gefasste Beschlüsse“ sie zu binden. Der Hauptvorstand der SPD hat auf diese Forderung der Einberufung eines Parteitages geantwortet. Er läßt durch den SPD-Presbiter erklären, daß die Frage Koalition bereits entschieden sei, und im übrigen tags ja am 6. Juni der Parteiausschuss. Die „Linken“ geben sich mit dieser Erklärung selbstverständlich zufrieden. Zwar schmecken sie noch ein wenig, dies jedoch nur, um den Arbeitern „Opposition“ vorzutäuschen. Wie könnten sie auch ernsthaft einen Kampf führen, da sie doch dieselbe Anschauung wie der Parteivorstand haben?

Ihr angeblicher Kampf ist daher weiter nichts wie eitel Spiegelscheiterei. Dies ist um so gefährlicher, weil noch mancher Arbeiter auf diese radikalen Phrasen jener Helken hereinfällt.

Wie weit die sächsischen Linken mit ihrer Koalitionsbereitschaft schon gehen, zeigt am trasslichsten folgender Satz aus dem gestrigen Leitartikel der Dresdener Volkszeitung. Es heißt da u. a.:

„Es kann freilich im Leben der Völker Zeiten geben, in denen die allen Parteien gemeinsamen Ziele so wichtig werden und einen solchen Kraftaufwand erfordern, daß vorübergehend das Trennende zurücktritt;

so wenn ein Land von außen bedroht ist oder wenn es gilt eine Inflation abzumildern, von der eine völlige Zerstörung des Wirtschaftslebens zu befürchten ist.“

Wit geradezu zynischer Offenheit plaudert hier der linke Sendewitz die wahren Anschauungen der SPD aus. Ohne jedwede Verbrämung bejaht er die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit allen bürgerlichen Parteien bei einem neuen Krieg. Das gilt natürlich in erster Linie gegen Sowjetrußland. Noch in aller Erinnerung ist, wie die SPD während des Ruhrkampfes die große Volksgemeinschaft predigte, wie unter stiller Duldung, wenn nicht gar Förderung den Ruhrindustriellen 800 Millionen in den Rücken geworfen wurden.

Und diese große Volksgemeinschaft — von Westarp bis zu Wels —, das ist es, was die SPD im Krieg wie im Frieden predigt. Das ist es, wofür die SPD die Arbeiter verkaufen will. Ein paar Ministerposten wegen sollen die 9 Millionen Arbeiter geopfert werden.

Sozialdemokratische Arbeiter, könnt ihr dies dulden? Nur im rücksichtslosen Klassenkampf sind die Forderungen der Arbeiter zu erkämpfen.

Macht Schluß mit der korruptierten Partei des Arbeiterrats!

Der Schachtly-Prozess

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Im Schachtly-Prozess wurden die Ingenieure Petrov und Tschernikow verurteilt. Petrov nahm an der Beratung teil, die die Organisation beiprochen hat. Er gesteht auch, daß die Verschwörer sich das Ziel gesetzt hatten, entweder durch Desorganisation der Kohlenwirtschaft den Sturz der Sowjetmacht zu beschleunigen, oder die Sowjetregierung zu zwingen, die Gruben den früheren Besitzern in Konzession zu geben.

Auf die Fragen der Gerichtsmittglieder und Anklagos erwidert Petrov, daß er von früheren Besitzern 3000 Rubel erhielt. Für seine erfolgreiche Sabotagearbeit wurde er von seinen Komplizen „klassischer Saboteur“ genannt.

Ingenieur Tschernikow gehörte ebenfalls der Initiativ-Gruppe der Verschwörer an. Er gesteht, aktives Mitglied der Verschwörer-Organisation gewesen zu sein, Maschinen und Turbinen beschädigt zu haben und bringt, — offenbar um das Gericht vom Wesen der Sache abzulenken, — eine

Menge technischer Einzelheiten vor, so daß der Vorlesende ihn aufhorcht, seinen technischen Vortrag abzubrechen.

Im Schachtly-Prozess stellte in der Verhandlung nach dem Verhör Tschernikows einer der Verteidiger der deutschen Angeklagten, Worms, verschiedene Fragen technischer Natur, die den Zweck verfolgten, die Angelegenheit der deutschen Angeklagten, die vom Gericht noch nicht einmal verurteilt worden sind, bei jedem passenden und unpassenden Anlaß zur Sprache zu bringen.

Der Angeklagte Elektrotechniker Nikitschin bekennt sich schuldig, gibt seine Teilnahme an der Schädigungsarbeit zu. Seine Aussagen sind für die Verteidiger sehr belastend. Nikitschin erklärt, daß der Ingenieur K. R. K. im Auftrag der Firma Knapp zwei Maschinen geliefert hat, deren Montage Badkieber beorgte. Die Maschinen waren ganz unbrauchbar, vorantastliche Modelle. Er meldete dies dem Angeklagten Kalganow, der aber erklärte, daß man mit diesen Maschinen unbedingt arbeiten müsse. Nachdem man die Maschinen mit großer Mühe zusammengestellt und in den Schacht heruntergelassen hatte, erwiesen sie sich als untauglich. Der deutsche Ingenieur Sebold, der die Maschinen beauftragte, erklärte jedoch, daß sie vorzüglich seien. Badkieber, mit dem Nikitschin sich befreundete, übergab ihm als Dank der Firma Knapp für die Unterbringung der Maschinen ein Kuvert, das 400 Rubel enthielt. Nikitschin nahm das Geld auch an.

In der weiteren Verhandlung des Schachtly-Prozesses wurde der Angeklagte Nikitschin mit einigen Mitangeklagten konfrontiert, denen gegenüber er seine Aussagen in vollem Umfang aufrechterhielt.

Hierauf wurde der Angeklagte Bergwertstechniker Andrej Kalodub verurteilt, der ebenfalls aktives Mitglied der Zerstörerorganisation war. Er sucht durch hartnäckiges Leugnen jede Schuld von sich abzuwälzen, erzählt weitausläufige technische Details seiner Arbeit in der Grube und behauptet, daß er die Instruktionen immer pünktlich ausführte.

Auf die Frage Anklagos, ob die Knapp-Maschinen nun für diese Grube unbrauchbar waren oder auch sonst schwere Defekte aufwiesen, antwortete Nikitschin, daß die Maschinen an und für sich untauglich waren. Die Bestellung und Beschaffung von Maschinen oblag dem Mitglied der Verschwörer-Organisation Obergenteur Gorlekti. Nikitschin erklärt, Gorlekti habe strenge Befehle gegeben, sozusagen, in der Sowjetunion hergestellte Maschinen nicht zu verwenden. Er beauftragte dafür schlechte ausländische. Anstatt die untauglichen Knappmaschinen der Firma zurückzuliefern, schickte er eine Maschine nach Wladivostok.

Nikitschin gegenübergestellt, leugnet Gorlekti hartnäckig. Nikitschin sagt ihm aber ins Gesicht, es sei von ihm veranlaßt worden, bei der Unterbringung der unbrauchbaren Maschinen nicht hinderlich zu sein, die Maschinen für tauglich zu erklären. Im weiteren Verlauf des Verfahrens häufen sich immer mehr die belastenden Momente gegen Andrej Kalodub. Er



★
Hermann Müller,
Sebering u. Co. ver-
suchen, 9 Millionen
Proletenstimmen zu
„realisieren“
oder: Krümme
„Wege zur Macht“
★